

Zusammenfassung der EAPN-Publikation

„Right to energy for all Europeans“

<https://www.eapn.eu/17594-2/>

Recht auf Energie für alle Europäer*innen

EAPN und der Europäische Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst (EGÖD) haben eine Kurzbroschüre veröffentlicht, in der die wichtigsten Probleme im Zusammenhang mit Energiearmut dargelegt und Empfehlungen vorgestellt werden: Recht auf Energie für alle Europäer! Fast 11 Prozent der Bevölkerung der Europäischen Union sind von Energiearmut betroffen. Sie sind nicht in der Lage, ihre Häuser zu erschwinglichen Kosten angemessen zu beheizen. Eine von der Europäischen Kommission veröffentlichte Studie benennt steigende Energiepreise, geringes Einkommen und Häuser mit geringer Energieeffizienz als Hauptursachen für dieses Problem. Vor allem im Kontext stagnierender verfügbarer Einkommen vergrößern steigende Energiekosten zunehmend das Problem der Energiearmut. Die Marktliberalisierung, die lange Zeit als Gegengewicht zu hohen Preisen galt, scheint den gegenteiligen Effekt zu haben. Viele unserer Mitglieder haben ein niedriges Einkommen und sind zunehmend von Energiearmut bedroht.

Die Broschüre fokussiert auf die folgenden drei Themenfelder und gibt drei Schlüsselempfehlungen:

1. Recht auf Energie

Um die Energiearmut in Europa zu beseitigen, sollte ein Recht auf Energie für alle Bürgerinnen und Bürger in EU-Rechtsvorschriften umgesetzt werden. Dies würde bedeuten, Energiesperren zu verbieten, wie dies in einigen Ländern für Wasserdienstleistungen bereits der Fall ist.

2. Regulierte Preise

Der Markt garantiert keine bezahlbare Energie für alle. Der beste Schutz gegen die Launen der schwankenden Energiemärkte sind regulierte Preise für Privathaushalte. Haushalte mit niedrigem Einkommen sollten spezifische Sozialtarife erhalten, um einen angemessenen Lebensstandard zu gewährleisten. Niemand sollte gezwungen werden, zwischen „Heizen oder Essen“ zu wählen.

3. Sicherstellen, dass einkommensschwache Haushalte von Maßnahmen zur Energieeffizienz profitieren

Öffentliche Mittel zur Förderung der Energieeffizienz sollten auch bereitgestellt werden, um die Wohnstandards für einkommensschwache Haushalte zu verbessern, ohne zusätzliche Kosten für den Mieter zu verursachen. Dies würde helfen, den Energieverbrauch zu senken, ohne die Energiekosten oder die Wohnkosten zu erhöhen.

Einkommensschwachen Haushalten fehlt die finanzielle Kapazität, um Heizungsanlagen zu erneuern, Häuser zu isolieren oder Geräte zu kaufen, um den Energieverbrauch zu senken. Öffentliche Subventionen sind daher erforderlich. Investitionen in energieeffiziente Sozialwohnungen müssen oberste Priorität haben.

EAPN und EGÖD fordern:

- Das Recht auf Energie für alle durch die Einführung konkreter EU-Rechtsvorschriften, die Energiesperren bei gefährdeten Verbrauchern verbieten.
- Die Abschaffung der Preisregulierung im Energiesektor für Privathaushalte ist zu stoppen. Die Einführung von Sozialtarifen für schutzbedürftige Kunden ist zu unterstützen.
- Öffentliche Investitionen zur Steigerung der Energieeffizienz in Haushalten mit niedrigem Einkommen sind zu tätigen bzw. zu verstärken. Dabei ist sicherzustellen, dass keine zusätzlichen Kosten für diese Haushalte entstehen.